



Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

12. Februar 2015

Daheim statt Heim!

Seniorenwohnprojekt in der Eggersdorfer Straße?

In diesem Jahr ist die „Soziale Pflegeversicherung“ 20 Jahre alt. Schon bei ihrem in Kraft treten für damals rund 1 Million Pflegebedürftige war klar, dass sie nicht alle Pflegekosten übernehmen wird. Deshalb nannte sie der Volksmund kurz und knapp eine „Teilkaskoversicherung“. Seit ihrer Einführung ist der von den pflegebedürftigen Versicherten selbst aufzubringende Eigenanteil kontinuierlich gestiegen. Neben dem von der Pflegekasse finanzierten Anteil an einem Heimplatz hat der Heimbewohner Unterkunft, Verpflegung und eine Investitionspauschale selbst zu tragen. Auch zu den Pflegekosten, die nur teilweise von der Pflegeversicherung gedeckt werden, muss er von Jahr zu Jahr mehr zuzahlen. Beispielsweise ist der Eigenanteil des Pflegebedürftigen für seine Pflege von 2001 bis 2007 in der Pflegestufe I um 74 % und in der Pflegestufe II um rund 50 % gestiegen! Für immer mehr ältere Menschen wird so ein Heimplatz aus eigenen Mitteln nicht mehr bezahlbar. Aber sie lehnen es oft auch ab, sich ihren Pflegeplatz von ihren Kindern oder vom Sozialamt finanzieren zu lassen.

Durch die Gründung der Bundesinitiative „Daheim statt Heim e.V.“ im Jahr 2006 wurde dem Wunsch vieler Betroffener und ihrer Angehörigen Ausdruck verliehen, trotz wachsender Pflegebedürftigkeit in der eigenen Wohnung alt werden zu können. Die Initiative propagiert u. a. mit Unterstützung von Pflegewissenschaftlern und Praktikern neue altengerechte Wohn-

formen, wie den barrierefreien altengerechten Wohnraum, das ambulant betreute Wohnen und Wohngemeinschaftsmodelle, wie z.B. das Mehrgenerationenhaus.

Im Jahre 2011 wurde mit einem Grundstückseigentümer und Investor für die Eggersdorfer Str. 65 (Nähe Lakgraben) ein vorhabenbezogener Bebauungsplan und ein Durchführungsvertrag für eine Senioreneinrichtung mit überwiegend stationären Pflegeplätzen abgeschlossen. Nachdem ein möglicher Betreiber für diese relativ kleine Einrichtung (rund 50 stationäre Pflegeplätze) an dieses Projekt nicht zu binden war, möchte der Investor verschiedene ambulante Angebote in seinem Seniorenwohnprojekt realisieren und konnte dafür auch schon einen Betreiber gewinnen.

Die Linken setzen sich in der Gemeindevertretung dafür ein, durch eine Änderung des Bebauungsplans und des Durchführungsvertrages endlich den Weg für dieses Projekt frei zu machen. **Trotz mehrheitlicher Zustimmung der Abgeordneten im Bauausschuss, sprach sich der Bürgermeister entschieden gegen dieses Seniorenwohnprojekt aus.**

Diese Seniorenwohnanlage, die betreutes Wohnen (ca. 40 Apartments), eine Tagespflege und zwei Pflegewohngemeinschaften anbieten will, entspricht pflegetheoretisch und auch pflegewissenschaftlich modernen Ansprüchen. Das käme den Nachfragen und Bedürfnissen der Senioren unseres Ortes nach, vor allem aber dem Wunsch, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit den Wohnort nicht wechseln zu müssen, sondern im vertrauten Umfeld bleiben zu können.

Klaus Körner, Fraktionsvorsitzender

Zwei Doppeldörfer verdoppeln?

Schon sprachlich ist das für mich etwas sehr Seltsames, doch es geht hier sicher nicht um meine Befindlichkeit. Fakt ist, dass schon Anfang der 90er Jahre die SPD-Landesregierung, insbesondere der damalige Innenminister Alwin Ziel, mit massivem Druck und „Prämien“ versuchte, unsere bis dahin selbständigen Gemeinden Petershagen und Eggersdorf zusammen mit weiteren Nachbarn in ein riesiges Amt zu pressen. Dafür gab es weder zwingende Gründe noch erkennbare Vorteile oder Einsparmöglichkeiten.

Es waren maßgeblich Abgeordnete der heutigen Linkspartei, die mit immer mehr Gleichgesinnten den Widerstand gegen die Weisung aus Potsdam organisierten. Auch die Eggersdorfer Bürgermeisterin entschied sich dann, mit uns dafür einzutreten, wenigstens durch den Zusammenschluss mit Petershagen als Doppeldorf die Amtsfreiheit zu bewahren. Die 1993 in beiden Orten durchgeführte Bürgerbefragung ergab eine überwältigende Mehrheit für dieses Vorhaben.

Mit einer angenommenen Größe von einem Tages vielleicht 15.000 Einwohnern – dort sind wir heute annähernd – erschien es vertretbar, sich auch selbst zu verwalten. Heute wissen wir: Das funktioniert sogar. Der personelle Aufwand wurde deutlich gestrafft, die Arbeitsbedingungen und die technische Ausstattung ständig verbessert. Manche Kleinstadt ist zumindest rechnerisch ineffektiver als wir.

Der Zufall half uns damals ebenfalls: Die Ortsteile Petershagen und Eggersdorf haben unterschiedliche Postleitzahlen. Das bewahrte uns vor umfangreichen Veränderungen gleicher Straßennamen. Bei einer weiteren Fusion wäre das unumgänglich und teuer.

Aber nicht alles lässt sich in Zahlen ausdrücken. Für mich ist es auch in unserer heutigen Gemeinde Petershagen-/Eggersdorf ein wichtiges Stück Lebensqualität, die Amtsstuben mit dem Fahrrad zu erreichen sowie Probleme mit vielen Abgeordneten, Verwaltungsangestellten und den Amtsleitern persönlich

beraten zu können.

Selbst wenn dann nicht immer nach meinen Wünschen entschieden wird, gestalten und erleben wir hier Kommunalpolitik noch direkt. Solche Vorteile erkannten auch Fredersdorf und Vogelsdorf, als sie sich ebenfalls der vorordneten Bildung großer Ämter widersetzen. Andere Ge-

meinden in unserem Landkreis, die aus objektiven Gründen ihre relative Eigenständigkeit so nicht wahren konnten, beklagen massiv den Verlust ihrer Identität

Pflegestrategie in Veränderung

In den letzten Jahren ist durch die Bundesgesetzgebung eine Umsteuerung auch bei hohem Pflegebedarf auf den ambulanten Sektor vorgenommen worden. So hat man 2008 durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz die finanziellen Leistungen für die ambulante Pflege durch professionelle Dienste (Pfllegesachleistungen) in allen drei Pflegestufen erhöht und eine weitere Steigerung schrittweise vorgeschrieben.

Im gleichen Zeitraum wurden im stationären Bereich die finanziellen Leistungen in der Pflegestufe I und II nicht angehoben und in der Pflegestufe III nur in einem sehr bescheidenen Maß.

In dem ab 1. Januar geltenden ersten Pflegestärkungsgesetz wird für mittlerweile 2,6 Millionen Pflegebedürftige durch verschiedene Maßnahmen der ambulante Sektor der Pflege weiter gestärkt. So werden die Zuschüsse der Pflegeversicherung zum altengerechten Umbau der Wohnung um 56% erhöht. Tages- und Nachtpflege kann separat mit der Pflegekasse abgerechnet werden, ohne dass das Pflegegeld gekürzt wird. Das Entstehen von Pflegewohngemeinschaften wird finanziell gefördert.

Stationäre Pflegeeinrichtungen sind nur noch mit hohen Bettenzahlen (mehr als 120) gewinnbringend zu vermarkten. Nach Aussagen während einer Anhörung im Deutschen Bundestag wurde bereits bundesweit von kleinen und mittleren Heimen Insolvenz angemeldet. Die Sozialämter dringen in den Genehmigungsverfahren darauf, dass nur noch Heime mit einem niedrigen Standard (rund 17 qm pro Zimmer) errichtet werden. Bei den komfortableren Residenzen muss bei wachsenden Kosten der Sozialhilfeträger für die Selbstzahler in die Finanzierung ihres Pflegeplatzes einspringen, nachdem deren Vermögen aufgebraucht ist.

Klaus Körner

Die Basisorganisation

DIE LINKE.

Petershagen-Eggersdorf lädt ein zum

10. Politischen ASCHERMITTWOCH

Reden wir in lockerer Atmosphäre
bei Bier und Bockwurst
über linke Politik in MOL,
Brandenburg und Deutschland.



mit Gerald Wolf (Kabarettist),
Kerstin Kaiser (MdL),
Dieter Schäfer sowie Erika & Manne
Mittwoch, 18. Februar 2015 □ 19.30 Uhr
Aula FAW-Schule
Elbestraße 1 □ Haupteingang
Eintritt frei!

und des kommunalpolitischen Engagements ihrer Bürger. Die Wahlmüdigkeit spricht da oft Bände.

Mehr als zwanzig Jahre „gehen“ Petershagen und Eggersdorf nun schon gemeinsam. Wie in jeder Ehe sind die meisten Fragen vernünftig geregelt (darüber spricht längst keiner mehr) und es gibt auch mal Streit oder Eifersucht. Das ist menschlich.

Nun kann es von Vorteil sein, sich mit seinen Nachbarn Strausberg, Fredersdorf-Vogelsdorf und Altlandsberg gut zu verstehen und gewinnbringend zusammen zu arbeiten. Ersteres blieb bis heute wohl eher symbolisch, das Zweite sollte überhaupt am konkreten Objekt geübt werden. Noch hat da fast gar nichts geklappt (gemeinsame Bibliothek, abgestimmte Schulstrukturentwicklung, Versorgungsstandorte...?). Oder doch: Der von uns weitgehend bezahlte Radweg ZR1 führt von Altlandsberg direkt zu uns.

Übrigens werden durch einen Zusammenschluss großer Orte die zu bearbeitenden Bürgeranliegen nicht weniger. Personal wird so kaum einzusparen sein. Aber da preist Bürgermeister Borchardt die Möglichkeit, in Zukunft mit dem Fredersdorfer Bauhof direkt zusammen zu arbeiten. Das wäre heute schon vorstellbar, doch Fredersdorf hat gar keinen! **Auf diesem Niveau strukturpolitische Entscheidungen anzustoßen, erscheint sehr fragwürdig.** Meine Frau hätte sicher etwas dagegen, mit dem Ehepaar von nebenan gleich in eine WG zu ziehen, nur weil wir am letzten Sonntag gemeinsam den Gartenzaun gestrichen haben. Fragen Sie doch einmal Ihre Nachbarn...

Max-Ulrich Kühn,
b. a. w. 15370 Petershagen/15345 Eggersdorf

Nachhaltig investiert?

Grundschulen schon wieder zu klein

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wächst die Einwohnerzahl unseres Ortes. Wir profitieren gemeinsam davon, dass auch viele Neubürger Kinder mitbringen oder sie hier bekommen.

Die Gemeinde ist Träger zweier öffentlicher Grundschulen, d.h. verantwortlich für ausreichend Gebäude und Personal. Das Land bezahlt die Lehrerinnen und Lehrer.

Die Kommune muss also mehr und mehr Kita-, Grundschul- sowie Hortplätze bereitstellen. Leider setzen der Bürgermeister und seine Verwaltung diese Kernaufgabe kommunalen Handelns nur halbherzig um. Dafür einige Beispiele: Erst 2010 wurde die Grundschule im Ortsteil Petershagen erweitert. Trotz rechtlicher Vorschriften – Brandenburgische Bauordnung und UN-Behindertenrechtskonvention als Bundesgesetz – wurde keine vollständige Barrierefreiheit hergestellt. Außerdem fiel der Erweiterungsbau deutlich zu klein aus. Bis heute fehlt die ebenfalls vorgeschriebene Schulsportanlage. Kaum vier Jahre später zeigt es sich eben, dass zu kurzfristig geplant und investiert wurde.

Der Neubau des Hortes in Petershagen sollte nach dem Willen des Bürgermeisters nur 75 Plätze umfassen. Bedarfsschätzungen des Personals lagen schon damals doppelt so hoch. Die Gemeindevertretung überstimmte damals nach kontroverser Diskussion Herrn Borchardt und so hat der Hort wenigstens 100 Plätze, die heute aber längst nicht mehr ausreichen.

Zur Erweiterung der Grundschule Eggersdorf beabsichtigte das Bauamt bis zum Jahre 2012, nur 4 neue Horträume zu errichten. Obwohl schon viel Geld für die Planung ausgegeben war, konnte die Gemeindevertretung im Frühjahr 2013 diese erneute Fehlinvestition stoppen und eine Studie zum tatsächlichen Bedarf in Auftrag geben. Ergebnis: Es werden 12 neue Klassenräume benötigt! Daraufhin versuchte unser Bürgermeister, den Neubau von nur 9 Klassenräumen durchzusetzen. Als die Gemeindevertretung trotzdem mehrheitlich für 12 Räume stimmte, warf er den Abgeordneten vor, sie würden 600.000 € verschleudern.

Doch der Preis für unsolide Investitionsbereitungen ist hoch. Wir erleben, dass jetzt teure Notlösungen zu bezahlen sind. Schon im Schuljahr 2014/15 wurden in der Grundschule Petershagen 4 erste Klassen eröffnet. Deshalb müssen dort inzwischen zwei Fachkabinette als Klassenräume genutzt werden. Erst Mitte Dezember 2014 nimmt die Verwaltung staunend wahr, dass an dieser Grundschule, die sie als 2-bis 3-zügig deklariert hat, für das kommende Schuljahr schon wieder 4 neue Klassen vor der Tür stehen...

Die Linken haben bereits seit den 90er Jahren wiederholt die Verwaltung gedrängt, sich vorausschauend mit der Bedarfsplanung von Kitas und Schulen zu befassen. Das Resultat ist verheerend. Um wenigstens schrittweise zu besseren Entscheidungsgrundlagen zu gelangen, stellte die Linksfraktion am 22. Januar einen Eilantrag: Die Verwaltung möge bis zur nächsten Sitzung des Hauptaus-

schusses eine Liste mit den vom Bauamt ab 2013 erteilten Einvernehmen für Neubauten in der Gemeinde vorlegen. Diese sollte nach den beiden Ortsteilen getrennt aufgestellt werden. Obwohl dafür acht Arbeitstage Zeit blieb, erklärte der Bürgermeister, dies könne seine Verwaltung nicht leisten.

Nun werden also für die Grundschule Petershagen Container angemietet, die mehrere hunderttausend Euro pro Jahr kosten. **Dieses Geld ist verloren!** Auch für die anstehende Entscheidung, wie viele Klassenräume nun endgültig in Eggersdorf gebaut werden sollen, liegen den Abgeordneten keine belastbaren Aussagen aus dem Rathaus vor. Dabei wollen wir doch dem Leitbild für die Ortsentwicklung folgend nachhaltig handeln und das vor den Bürgern vertreten.

Die Voraussetzung, um mit reinem Gewissen zu entscheiden, ist Wissen. Sollen die notwendigen Recherchen wieder einmal von den ehrenamtlich tätigen Gemeindevertretern erbracht werden?

für die Fraktion der Linken: Thomas Kraatz

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten Kerstin Kaiser,
Fraktion DIE LINKE vom 6. Dezember 2014

„... Ich frage daher die Landesregierung:
Für welchen Zeitpunkt ist der mehrfach verschobene Ausbau der L33 in Eggersdorf nun verbindlich geplant?“

Die Antwort

der Ministerin für Infrastruktur
und Landesplanung, Kathrin Schneider,
vom 17. Dezember 2014

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, leider war aus zeitlichen Gründen die Beantwortung Ihrer o. g. Mündlichen Anfrage im Rahmen der Fragestunde nicht möglich, daher antworte ich Ihnen nunmehr schriftlich wie folgt:

Die Straßenbauverwaltung des Landes plant in der Ortsdurchfahrt Eggersdorf auf einer Länge von ca. 2 km den grundhaften Ausbau der Fahrbahn mit geschwindigkeitsdämpfenden Elementen und Querungshilfen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie Anlagen für Radfahrer und Fußgänger.

Derzeit werden die Planfeststellungsunterlagen erarbeitet. Der Antrag wird bei der Planfeststellungsbehörde in den nächsten Tagen eingereicht.

Die Dauer des Planfeststellungsverfahrens ist nicht genau bestimmbar, so dass für die Maßnahme kein verbindlicher Bautermin genannt werden kann.

So weit waren wir doch schon einmal!

Thomas Kraatz, Gemeindevertreter

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.



Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz	Wolfgang Zielke
Elbestr. 5	Bötzseestr. 120 b
15370 Petershagen	15345 Eggersdorf